

Wien, am Montag, den 9. Jänner 1928

Die finanzielle Not der Städte. Im Wiener Rathaus tagte heute der Grosse Ausschuss des Städtebundes. Vorsitzender Vizebürgermeister Emmerling berichtete über die Tätigkeit des Sekretariats. Vizebürgermeister Rückl (Graz) beantragte, dass sich der Städtetagskongress unbedingt mit den finanziellen Sorgen der Gemeinden befassen soll. Alle grösseren Gemeinden haben mit schweren Finanzsorgen zu kämpfen. Sie brauchen erhöhte Einnahmen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Seit dem Jahre 1924 nimmt die Bundesregierung von den geteilten Abgaben das sogenannte Präzipuum vorweg. Dadurch entgehen den Gemeinden im Jahre 1928 vierzig Millionen Schilling, was für Graz allein einen Verlust von rund einer halben Million Schilling ausmacht. Die Gemeinden müssen deshalb mit allen Nachdruck verlangen, dass dieses Präzipuum abgeschafft und den grösseren Städten überwiesen werde. Die Finanzlage des Bundes ist jetzt derart günstig, dass er gewiss auf diese Summe verzichten kann. Schliesslich müssen die Gemeinden auch die Festsetzung des Aufteilungsschlüssels für die Vermögenssteuer verlangen. Diese Abgabe muss nach dem Gesetz zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geteilt werden. Bis heute hat sich die Regierung geweigert, den Teilungsschlüssel festzusetzen; sie will diese Steuer inkamerieren. Die Gemeinden müssen darauf bestehen, dass sie 25 Prozent von dieser Abgabe erhalten. Eine besondere Unterstützung von der Regierung müsse ferner noch den autonomen Städten zuteil werden, weil diesen Verwaltungen erhöhte Ausgaben durch die Agenden der politischen Verwaltung erwachsen. Damit die Öffentlichkeit volle Klarheit über die traurige Finanzlage der Städte bekommt, soll der Städtebund von der Regierung die Einberufung einer Enquete verlangen. - Nach einer sehr ausführlichen Aussprache, an der sich Bürgermeister Mehr (Linz), Bürgermeister Baran (Krems), Stadtrat Dr. Fischer (St. Pölten), Bürgermeister Muchitsch (Graz), Stadtrat Breitner (Wien), Präsident Dr. Danneberg (Wien) und Bürgermeister Sichrader (Steyr) beteiligten, wurde beschlossen, den Städtetag für den 25. und 26. Februar nach Wien einzuberufen. Die Teilnahme an der Sitzung stimmten einhellig den von Vizebürgermeister Rückl erhobenen Forderungen zu. Schliesslich wurde noch die in letzter Zeit aufgetauchte Frage der Aufteilung der geteilten Abgaben nach der Bevölkerungszahl erörtert und als schädlich für die Städte einhellig abgelehnt. Die Sitzung nahm dann einen Bericht der Sekretärs Hönay über die Vorarbeiten für den Internationalen Städtetagskongress entgegen. Der Kongress wird im Oktober in Sevilla abgehalten.

2915 Einäscherungen im Wiener Krematorium. Im Wiener Krematorium wurden an 303 Einäscherungstagen des Vorjahres 2915 Verstorbene eingeäschert. Von diesen waren 1756 Männer und 1159 Frauen. Die Zahl der eingeäscherten Kinder betrug 131. Von den Verstorbenen waren 1837 römisch-katholischen, 255 evangelischen, 237 mosaischen und 45 altkatholischen Glaubensbekenntnisses. 512 Verstorbene waren konfessionslos. In der Zeremonienhalle des Krematoriums wurden insgesamt 2581 Leichen aufgebahrt und 964 kirchliche Einsegnungen vorgenommen.

Die Sterblichkeit in der Wiener Bevölkerung. Im November des Vorjahres ist die Sterblichkeit in der Wiener Bevölkerung nur ganz gering angestiegen. Nach dem Stande der Wiener Bevölkerung vom 1. November 1927 betrug die Sterblichkeit im Ganzen 12'19 pro mille. Die Todesfälle an Tuberkulose, an den Krankheiten der Atmungsorgane und die Selbstmorde haben zugenommen. Die grösste Zahl der Todesfälle betraf auch im November wieder die Krankheiten der Kreislauforgane, dann an Krebs und bösartigen Geschwülsten und schliesslich die Krankheiten an Tuberkulose.